



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Behörde für Wirtschaft und Innovation

Ansprechpartner: Lennart Rommel

Alter Steinweg 4  
20459 Hamburg

Telefon: +49 40 428 41-1841  
E-Mail: [elektromobilitaet@bwi.hamburg.de](mailto:elektromobilitaet@bwi.hamburg.de)

20. März 2023

### **Stellungnahme der Behörde für Wirtschaft und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg zum Referentenentwurf der Bundesregierung zur Dritten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (LSV)**

#### **1. Vorbemerkung**

Die Behörde für Wirtschaft und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg (BWI) ist für den Aufbau einer bedarfsgerechten Ladesäuleninfrastruktur in Hamburg zuständig und daher von den Änderungen der LSV unmittelbar betroffen. Die BWI begrüßt ausdrücklich die von ihr mit angeregte Verlängerung der Umsetzungsfrist für ein einheitliches Bezahlssystem beim Ad-hoc Laden auf den 1. Juli 2024.

Der Beschluss der vorliegenden Verordnung sollte möglichst zügig erfolgen, um allen Marktteilnehmern Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit das Erreichen der Aufbauziele für die Ladeinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

#### **2. Stellungnahme**

Die neu angefügte Verlängerung der Umsetzungsfrist für ein einheitliches Bezahlssystem beim Ad-hoc Laden auf den 1. Juli 2024 gem. § 9 wird uneingeschränkt unterstützt. Zudem wird angeregt, dass die LSV an die AFIR hinsichtlich § 4 angepasst werden sollte, um eine bundesdeutsche Insellösung zu vermeiden. Eine nicht hinreichend aufeinander abgestimmte Regelung zöge ggf. Wettbewerbsnachteile nach sich. Darüber hinaus sollte die Einführung der Kartenterminals, ähnlich dem Vorgehen bei den intelligenten Messsystemen, an der Verfügbarkeit von mindestens drei einheitlichen Herstellern, die den erwarteten Bedarf abdecken können, geknüpft werden.

Die Änderung gem. § 5 Absatz 2 bewirkt, dass alle bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) gem. § 5 LSV angezeigten Ladepunkte einschließlich der für die Öffentlichkeit relevanten Angaben zu Betreiber, Standort, technischer Ausstattung und Zugänglichkeit des Ladepunktes im Ladesäulenregister der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Diese Neuregelung ist vom Grundsatz her begrüßenswert, weil sie eine lückenlose Erfassung der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Sie stößt jedoch dort an Grenzen, wo Ladeinfrastruktur nur zeitweise öffentlich zugänglich ist und im Übrigen einem exklusiven Nutzerkreis zur Verfügung steht (z.B. ein Mitarbeiterparkplatz, der außerhalb der Geschäftszeiten Dritten zum Laden zur Verfügung steht oder ein Supermarktparkplatz, der nachts keine Betriebsgenehmigung hat). Es sollte vermieden werden, dass solche Ladepunkte als öffentlich zugänglich gekennzeichnet sind und gezielt angefahren werden, jedoch aufgrund zeitlicher Beschränkungen nicht zur Verfügung stehen.

Daher sollte erwogen werden, die verpflichtende Meldung von öffentlich zugänglichen Ladepunkten auch in zeitlich begrenzten Fenstern zu ermöglichen. Hierdurch kann der Öffentlichkeit die privat aufgebaute Ladeinfrastruktur in den Randzeiten zur Verfügung gestellt und das Angebot an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur erweitert werden.

In diesen zeitlich begrenzten Zeitfenstern wäre zudem eine Anrechenbarkeit der THG-Quote auf die in diesen Zeitfenstern geladene Strommenge wünschenswert, um eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ladestationen mit Blick auf die Mehrkosten für öffentliche Ladepunkte (Eichrecht, Kartenterminal, etc.) zu gewähren.